

++++
**Newsletter Entwicklungspolitik 1/2009 von Gisela Splett,
 entwicklungspolitische Sprecherin Grüne Landtagsfraktion Baden-Württemberg**
 ++++

Liebe Leserinnen und Leser,

vor einer guten Woche bin ich aus Burundi zurückgekommen. Die mehrfach verschobene Delegationsreise hat nun endlich stattgefunden. Im Anschluss gilt es Druck zu machen, damit der Reise auch Taten folgen. Auch in den Haushaltberatungen hat die Entwicklungspolitik diesmal eine - wenn auch nur kleine - Rolle gespielt. Es gibt also Einiges zu berichten aus der Landespolitik. Mit herzlichen Grüßen,

Gisela Splett

1) HAUSHALTSANTRÄGE ZUR ENTWICKLUNGSPOLITIK

In den Haushaltsberatungen für den Staatshaushalt 2009 spielte das Thema Entwicklungspolitik zwar nur eine kleine, aber immerhin eine Rolle. Nicht nur wir GRÜNE haben Haushaltsanträge eingebracht. Auch die Regierungsfraktionen haben anerkannt, dass es hier - entgegen den drastischen Kürzungen der letzten Jahre - einen Finanzbedarf gibt. Wir GRÜNE haben drei entwicklungspolitische Anträge eingebracht (leider erfolglos, wie dies bei Anträgen der Opposition die Regel ist):

- Zum Einen haben wir die Einstellung von 1 Mio. Euro für eine „Partnerschaft mit Afrika“ mit dem Schwerpunkt Burundi beim Staatsministerium gefordert,
- zum Zweiten haben wir uns für eine Weiterführung des Studienbegleitprogramms STUBE mit Landesmitteln im Wissenschaftsressort in Höhe von 100.000 Euro eingesetzt und
- zum Dritten haben gefordert, die beim Wirtschaftsministerium für Internationale Kooperationen zur Verfügung stehenden Mittel statt wie bisher nur für Außenwirtschaftsförderung zukünftig auch für den Zweck „Entwicklungszusammenarbeit“ zu verwenden.

Wichtig ist uns, dass die Entwicklungspolitik strukturell wieder klar verankert wird (entsprechend unseres Antrags beim Staatsministerium, das ja für internationale Kontakte zuständig ist). Das bisher federführend zuständige Wirtschaftsministerium verweist immer wieder auf leere Kassen und schiebt damit auch die Verantwortung von sich.

Die Regierungsfraktionen haben mit ihren Anträgen deutlich kleinere Brötchen gebacken. Auf Initiative der CDU wurden 250.000 Euro beim Staatsministerium zur Förderung von Projekten durch die SEZ eingestellt. Auf Betreiben der FDP wurden beim Wirtschaftsministerium 125.000 Euro für die Unterstützung von Projekten entwicklungspolitischer Organisationen im Land eingestellt. Genannt wurden dabei die Bereiche fairer Handel sowie Begleitprogramme für Studierende aus Entwicklungsländern.

Die Anträge können im Einzelnen nachgelesen werden in folgenden Landtagsdrucksachen:

Bericht des Finanzausschusses zum Einzelplan Staatsministerium:
www.landtag-bw.de/wp14/drucksachen/3000/14_3602_d.pdf
 (GRÜNEN Antrags S. 22, CDU/FDP-Antrag S. 23)

Bericht des Finanzausschusses zum Einzelplan Wirtschaftsministerium:
www.landtag-bw.de/wp14/drucksachen/3000/14_3607_d.pdf (CDU/FDP-Antrag S. 55, GRÜNER Antrag S. 69)

Bericht des Finanzausschusses zum Einzelplan Wissenschaftsministerium:
(Drucksache 14/3614, liegt leider noch nicht vor)

2) ZUSAMMENARBEIT MIT BURUNDI

Schon im Vorfeld des Deutschland-Besuchs des burundischen Bildungsministers Kibeya im Januar hatten einige Zeitungsartikel die Nicht-Einladung durch die baden-württembergische Landesregierung aufgegriffen. Minister Kibeya, der auf Einladung Brandenburgs in Deutschland war, kam aber trotzdem nach Baden-Württemberg - und zwar auf Einladung der Europäischen Schule Karlsruhe, die eine Partnerschaft mit einer Schule in Bujumbura pflegt. Minister Kibeya konnte sich ins Goldene Buch der Stadt Karlsruhe eintragen. Abends nutzte ich die Gelegenheit, um mit der kleinen burundischen Delegation, dem ehemaligen Landtagspräsidenten Schneider und weiteren Burundi-Interessierten in Stuttgart Essen zu gehen.

Auf meinen Brief an Bundespräsidenten Köhler, den ich ihm nach einer Begegnung in Karlsruhe im letzten Oktober geschrieben hatte, habe ich im Februar eine Antwort erhalten (siehe www.gisela-splett.de/graphics/Br-Bundespraesident.pdf). Darin heißt es „Ich habe das Thema [Partnerschaft Baden-Württemberg - Burundi] kürzlich in einem Gespräch mit Ministerpräsident Oettinger angesprochen. Der Ministerpräsident hat mir versichert, dass die Landesregierung von Baden-Württemberg die Partnerschaft mit Burundi, die ja auf eine Initiative des baden-württembergischen Landtages zurückgehe, weiter aktiv unterstützen wolle.“ Wir werden diese Zusage daraufhin prüfen, ob sie in der Praxis bestand hat und das Land die Partnerschaft mit Burundi tatsächlich wiederbelebt.

Die mehrfach verschobene Delegationsreise nach Burundi hat vom 20. bis 27. Februar nun endlich stattfinden. Mit knapp 30 Personen waren wir in und um Bujumbura und in Kayanza unterwegs. Neben VertreterInnen der Landtagsfraktionen waren u.a. Minister Hauk, der Honorarkonsul von Burundi Herr von Berg, Pressevertreter und VertreterInnen von NGOs (auf eigene Kosten!) mit von der Partie. Die Größe der Delegation weckte in Burundi große Erwartungen, denen keine festen Zusagen von Seiten Baden-Württembergs gegenüberstanden.

Ein paar Eindrücke von der Reise sind meinem Burundireisetagebuch unter www.staatsanzeiger.de/webarchiv/navigator.nsf/bwheute?open&navigation=burunditagebuch zu entnehmen.

Nach der Reise haben Barbarita Schreiber (parlamentarische Beraterin der Fraktion) und ich ein kleines Papier mit einigen Schlussfolgerungen bzw. Merkpunkten verfasst: siehe www.gisela-splett.de/graphics/Burundi09.pdf.

Die Presseberichterstattung über die Reise war recht intensiv, angefangen mit Berichten in burundischen Tageszeitungen. Beispielhaft genannt sei die Berichterstattung in der Stuttgarter Zeitung (siehe www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/1958980_0_2147_ein-elektrischer-zahnarztstuhl-ist-nicht-ganz-das-richtige.html und http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/1958982_0_2147_-quot-grundlage-fuer-neue-projekte-quot-.html), auf ka-news (siehe www.ka-news.de/nachrichten/karlsruhe/Karlsruhe-Burundi-Partnerschaft-Delegationsreise;art86,158678) sowie einer von mehreren Berichten beim SWR (siehe www.swr.de/bw-aktuell/-/id=98428/nid=98428/did=4553340/r3hypj/index.html)

Fotos von der beeindruckenden Reise hat Ursula Grass (Unicef Karlsruhe) ins Internet eingestellt, siehe <http://gallery.me.com/ursula.grass#gallery> (Burundi 2009)

3) BESCHAFFUNGSWESEN OHNE AUSBEUTERISCHE KINDERARBEIT

Am 16.2. veranstalteten deab und finep ein Fachgespräch „Nachhaltige Beschaffung“ in Stuttgart. Im Vorfeld hatte der Staatsanzeiger berichtet, dass ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums sich beim „Vergabetag Baden-Württemberg“ ablehnend zur „Berücksichtigung vergabefremder Aspekte wie etwa der Kinderarbeit bei der Vergabe öffentlicher Aufträge“ geäußert habe. Insgesamt sind auch nach Inkrafttreten der entsprechenden Verwaltungsvorschrift also noch einige Hemmnisse zu überwinden und zahlreiche Fragen offen. Deutlich wurde aber auch, dass sich im Bereich Zertifizierung und CSR (Corporate Social Responsibility = Unternehmerische Gesellschaftsverantwortung) zur Zeit Einiges bewegt. Auch an diesem Thema gilt es also dranzubleiben.

4) ENTWICKLUNGSPOLITISCHES ENGAGEMENT DER BUNDESLÄNDER

Am 9.2. habe ich eine Veranstaltung in Bonn zum „entwicklungspolitischen Engagement der Bundesländer“ besucht. Als vorbildlich wurden die Aktivitäten von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen präsentiert. Der Innenminister von Rheinland-Pfalz betonte den engen Zusammenhang der langjährigen Partnerschaft mit Ruanda mit der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Rheinland-Pfalz, die ja unbestritten eine Landesaufgabe ist. Der Integrationsminister von Nordrhein-Westfalen, das seit wenigen Jahren eine Partnerschaft mit Ghana pflegt, betonte den Zusammenhang zwischen Entwicklungs- und Integrationspolitik und hob die Bedeutung der Diaspora hervor. Dr. Jürgen Wiemann vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (die), der sich sowohl mit dem Engagement der Länder als auch mit dem der Kommunen auseinandergesetzt hat, äußerte sich ebenfalls positiv zur Arbeit der in diesem Bereich aktiven Bundesländer. Verwiesen wurde auch auf den von den Ministerpräsidenten gefassten Beschluss zur Entwicklungszusammenarbeit vom Oktober 2008. An diesem muss sich auch Ministerpräsident Oettinger messen lassen.

die-Studie zur Kommunalen Entwicklungspolitik:

[www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/\(ynDK_contentByKey\)/ANES-7PRGK9/\\$FILE/DP%201.2009.pdf](http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/(ynDK_contentByKey)/ANES-7PRGK9/$FILE/DP%201.2009.pdf)

die-Studie zur Entwicklungspolitik der Bundesländer:

[www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/\(ynDK_contentByKey\)/ANES-7KQGGC/\\$FILE/DP%2020.2008.%20Wiemann.pdf](http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/(ynDK_contentByKey)/ANES-7KQGGC/$FILE/DP%2020.2008.%20Wiemann.pdf)

Beschluss der Ministerpräsidenten:

www.berlin.de/imperia/md/content/sen-wirtschaft/lez2/mpk2008_ergebnisprotokoll_endg_ltig.pdf

5) MENSCHENRECHTE IN MEXIKO

Am 18.2. hatten mein Kollege Bernd Murschel und ich ein Arbeitstreffen mit Vertreterinnen der deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko. Die Koordination besteht seit 10 Jahren und macht Lobbyarbeit und Urgent Actions zu wirtschaftspolitischen, sozialen und kulturellen Menschenrechtsverletzungen in Mexiko. In dem mittelamerikanischen Land führen die akuten Energie- und Ressourcenfragen, die Tourismusentwicklung und damit verbundene Umsiedlungen aus Naturschutzgebieten, der Drogenhandel u.a. zunehmend zu Menschenrechtsverletzungen. Ins Auge gefasst wurde die Organisation eines Runden Tisches all der Organisationen und Initiativen in Baden-Württemberg, die Mexiko bei der Lösung der globalen Herausforderungen durch Ausbildung, Forschung, Umwelttechnologien, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Menschenrechtsarbeit etc. unterstützen. Wir GRÜNE werden eine parlamentarische Initiative zu den Beziehungen Baden-Württembergs mit Mexiko einreichen.

6) SONSTIGES / TERMINE

Am 13.3. veranstaltet die SEZ (www.sez.de) im Haus der Wirtschaft das „1. Stuttgarter Forum für Entwicklung: Gutes Klima für Afrika!“

Vom 2. bis 5.4. veranstaltet die SEZ gemeinsam mit der Landesmesse Stuttgart GmbH die FAIR HANDELN 2009, eine „Internationale Fach- und Verbrauchermesse für global verantwortungsvolles und nachhaltiges Handeln“

Von März bis Juli dieses Jahres finden die Schulaktionswochen des Bündnisses GEMEINSAM FÜR AFRIKA statt. Unter dem Motto „Gesundheit in Afrika“ gestalten Lehrerinnen und Lehrer mit Schulklassen Unterrichtseinheiten zu diesem Thema.

Infos gibt es unter www.gemeinsam-fuer-afrika.de/schulen.php

++++
Gisela Splett MdL
Büro im Landtag
Mitarbeiter: Alexander Geiger
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart
Telefon: 0711-2063-966
Fax: 0711-2063-660
Mail: gisela.splett@gruene.landtag-bw.de
Homepage: www.gisela-splett.de
++++